

# Militärpolitik der Generalität setzte sich durch: Abschied vom Primat der Politik

Von Ulrich Sander

**Wer am „Fürstenfeldbrucker Symposium für Führungskräfte aus Bundeswehr und Wirtschaft“, im September 1991 veranstaltet von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundeswehrführung, teilnahm, der erlebte eine jener Impulsgebungen hin zur Kriegsbereitschaft, zur Kriegsführungsfähigkeit und hin zum Krieg der Deutschen selbst, wie sie unbeachtet von der Öffentlichkeit bei zahlreichen Gelegenheiten erfolgten: Veranstaltungen, bei denen Oberste und Generäle, dem Militär verbundene Manager und Politiker das Programm des deutschen Militarismus schrieben, eines Militarismus, der sich wieder einmal anschickte, den Primat der Politik zugunsten des Primats des Militärs zu beseitigen. Vehement wurde eine „neue sicherheitspolitische Rolle Deutschlands“ eingefordert. Es waren nicht die Politiker und Parlamentarier, die nach der Wende zum neuen großen Deutschland den militärpolitischen Diskurs führten. Den führten die Militärs, teils im Streben nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für Uniformierte, aber zuerst und vor allem doch mit weitergehenden Zielen: Deutschland soll wieder eine offensive und interventionistische Militärmacht werden, um seine Interessen weltweit durchzusetzen, die defensive Aufgabenstellung der alten Bundeswehr weit hinter sich lassend.**

Ermutigt zum Vorpreschen wurden die Generale und Obersten durch die „Kritik des Auslands“ an der Nichtteilnahme von Deutschlands Truppen beim Golfkrieg 1991 und vor allem vorher durch das Datum 3. Oktober 1990.

Die deutsche Einheit und das Scheitern des Realsozialismus wurden in den Medien der Bundeswehrführung wie militärische Siege gefeiert: „Wir haben durch unsere Standfestigkeit und unsere Geschlossenheit dazu beigetragen,“ hieß es im September 1990 zur bevorstehenden deutschen „Wiedervereinigung“ in „Informationen für die Truppe“. Und der Vize-Chef der Bundeswehr-Ost, Generalmajor Werner von Scheven, beeilte sich, am 3. Oktober 1990 bei der Übernahme der Nationalen Volksarmee durch die Bundeswehr zu betonen, in welche Tradition die Bundeswehr sich begeben hat: Sie werde nicht „hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen.“ Der damalige Generalinspekteur Dieter Wellershoff jubelte dann auch vor Bundeswehrkommandeuren am 11. März 1991 - die Schande des 8. Mai 1945 wettmachend: „Wir ernten jetzt die Früchte des Dienstes unserer Vorgänger, aller Soldaten der Bundeswehr und unserer Verbündeten.“

Nach fast zwölf Jahren im neuen großen Deutschland haben sich die Militärs endgültig durchgesetzt. Es geht auch um „deutsche Eigeninteressen“, stellte Minister Scharping bei Kriegseintritt Deutschlands im Rahmen des „antiterroristischen“ Krieges der USA fest. Damit nahm der SPD-Politiker die Aufgabenstellung der Generäle von Beginn der 90er Jahre auf – weit ab vom Ultima-Ratio-Gerede im Parlament und in Widerspruch zur grundgesetzlichen defensiven Aufgabenstellung des Militärs. Schon kurz nach dem Anschluß der DDR, als NATO wie Bundeswehr bis an die Oder vorrückten, wurden neue Aufgaben gesucht, die weit über die Landes- und Bündnisverteidigung hinauswiesen. Als gäbe es den Grundgesetztext gar nicht, wurden die Bundeswehrsoldaten zum Verfassungsbruch aufgerufen: "Ungeachtet der im Hinblick auf unterschiedliche Auffassungen zur Auslegung des Artikels 87a unseres

Grundgesetzes noch vorzunehmenden politischen Klarstellungen" habe die Bundeswehr "für kollektive Einsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes zur Verfügung zu stehen, soweit es deutsche Interessen ... gebieten." 1) So Generalinspekteur Klaus Naumann, der Begründer der neuen Bundeswehr, aus Anlaß seines Dienstantritts 1991. Naumann, der später den höchsten NATO-Generalsrang, den ein Nichtamerikaner erreichen kann, erlangte, sorgte für so manche politische Offensive der Generäle, die in einer beispiellosen Anmaßung vorgetragen wurde, ohne daß diese jede Generalsaffäre der 40 Jahre Bundeswehr in den Schatten stellende Revolte überhaupt als solche erkannt wurde.

Damals als Generalinspekteur wie heute als General a.D. war und ist Naumann führender Stratege der „Clausewitz-Gesellschaft“. 2) Sie verfügt über engste Verbindungen in die zentralen Schaltstellen des Militärs und der Politik, ja sie ist sogar teilweise mit diesen identisch. Keine personelle und strategische Entscheidung der Bundeswehr gab und gibt es, die nicht in diesem elitären Kreis vorbereitet wurde. Als am 26. November 1992 die Verteidigungspolitischen Richtlinien durchs Bundeskabinett gebracht wurden – gegen den Willen von Außenminister Hans Dietrich Genscher, der bei Vorlage des ersten Entwurfes der VPR wegen der damit drohenden Militarisierung der Außenpolitik zurücktrat -, da hatte die Clausewitz-Gesellschaft wesentliche Vorarbeit geleistet. In den VPR wird die „nationale Interessenlage“ Deutschlands anstelle der Unterordnung unter NATO und USA ins Zentrum der Sicherheitspolitik des neuen Deutschland gerückt. Es wird „gleichberechtigte Partnerschaft“ mit den USA gefordert. Die VPR, die vom Bundeskabinett „zur Kenntnis genommen“ und kritiklos von der neuen „rot-grünen“ Koalition beibehalten - aber nie vom Bundestag beschlossen – wurden, sie stellen das politische Programm des zunächst illegalen neuen deutscher Generalstab dar. Inzwischen wurde er entgegen dem Potsdamer Abkommen von 1945, der den deutschen Generalstab verbot, in Gestalt des alle Teilstreitkräfte

umfassenden „Einsatzführungskommandos“ installiert.<sup>3</sup> Der heimliche Generalstab hat sich mit den VPR ein politisches Programm gegeben, das sich als das erfolgreichste politische Programm in Deutschland erwies. Zwei seiner Kernsätze lauten:

- „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können.“

- „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“

Das Bundesverfassungsgericht ermächtigte entsprechend den Verteidigungspolitischen Richtlinien – und nicht entsprechend dem Grundgesetz – die Militärs, mit der Zustimmung der einfachen Regierungsmehrheit im Bundestag Kriegseinsätze durchzuführen und sich nicht mehr auf den Verteidigungsauftrag der Verfassung zu beschränken.

Wir erlebten damit den Rückschritt bis zur Zeit vor dem Briand-Kellog-Pakt vom 27. August 1928. Seit dieser Zeit waren Kriege als Mittel der Politik geächtet. In Paris unterzeichneten damals 15 Staaten, darunter auch Deutschland, den Pakt, zu dem der französische Außenminister Briand gegenüber dem US-amerikanischen Staatssekretär Kellog die Initiative ergriffen hatte. Alle Staaten der Welt, voran die Unterzeichnerstaaten, verpflichten sich darin, das Mittel der Schiedsgerichtsbarkeit an die Stelle bewaffneter Auseinandersetzungen treten zu lassen. Dieser Pakt wurde von Hitler gebrochen; und am Ende des 20. Jahrhunderts erneut durch die Führung Deutschlands, ihre Militärs und deren rot-grüne Erfüllungsgehilfen.

Schauen wir uns das Konzept des Symposiums von Fürstenfeldbruck 4) an und vergleichen wir es mit der Realität am Beginn des Jahres 2002. Nicht die Umverteilung aus dem Rüstungshaushalt zugunsten der Bewältigung von ökologischen und sozialen Aufgaben standen auf der Tagesordnung der Militärs und der Manager, sondern ein Rüstungsetat auf hohem Niveau mit „weniger Personal und mehr Technik“, wie es Ursula von Haefen vom Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft in Fürstenfeldbruck formulierte.

Gefordert wurde 1991 von den Managern und Generälen sowie dem Ex-Verteidigungsminister, der „grauen militärpolitische Eminenz“ Rupert Scholz (CDU):

*1. Deutschland muß nun endlich „normal“ werden und sich, da stärkstes Land Europas, als „Macht“ begreifen, die Verantwortung übernimmt, ohne eine „Sonderrolle“ zu spielen. Allerdings geht es doch um eine Sonderrolle, denn Deutschland ist zur „Partnership in leadership“ (US-Präsident Bush) aufgerufen. (So Verteidigungsminister a.D. Rupert Scholz, CDU, auf dem Symposium)*

Heute ist Deutschland eine „normale“ große Macht, die eine Sonderrolle wie Großbritannien, USA und Frankreich spielt. Sie ist auf drei Kontinenten mit Waffen und Truppen vertreten. Die Generäle und nicht die SPD und Grünen haben sich durchgesetzt, aber die tun nun so, als hätten sie ihren Militarismus selbst erfunden, wo sie ihn nur ausführen als willige Vollstrecker des Militärs.

*2. Deutschland muß UNO-Militäraktionen unterstützen und mit Truppen daran teilnehmen. (Scholz 1991 in Fürstenfeldbruck)*

Heute ist Deutschland bei jeder UNO-Militäraktion „im deutschen Interesse“ (Verteidigungspolitische Richtlinien) dabei. Ungeachtet der Feindstaatenklausel der UNO. Von allen heute völkerrechtlich illegal Krieg führenden Staaten ist Deutschland am allerwenigsten dazu berechtigt. Auf Deutschland zielt noch immer die Feindstaatenklausel in Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. 6. 1945. Sie gestattet den Mitgliedern der UN, gegen jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichnerstaates der UN-Charta war, auch ohne Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates Zwangsmaßnahmen zur Verhinderung neuer Aggressionen zu ergreifen. Jugoslawien hätte 1999 jedes Recht gehabt, um Hilfe gegen den Aggressor Deutschland zu bitten.

*3. Der NATO-Vertrag soll geändert werden, damit die NATO auch als Nordatlantikpakt an anderen Meeren „out of aerea“ tätig werden kann. Legitimierungen für den Waffeneinsatz können auch von WEU und KSZE (heute OSZE) kommen. (Scholz 1991)*

Anstelle der NATO und des Warschauer Vertrages soll ein Gesamteuropäisches Sicherheitssystem treten, sagten einst SPD und Grüne. Doch dann wurde der erweiterte NATO-Auftrag und die Vergrößerung der NATO erfolgreich von den Militärs betrieben. Es gibt die militärische Selbstmandatierung der NATO anstelle des Gewaltmonopols der UNO – und es wird die Mandatierung der EU für Kriegseinsätze dieser neuen „europäischen NATO“ vorbereitet; der „militärische Arm“ der EU wird geschaffen. Der NATO-Gipfel im April 1999 beschloß eine neue Nato-Strategie. Diese sieht vor, daß die Nato auch ohne UN-Beschluß jederzeit in allen Krisengebieten der Welt eingesetzt werden kann.

*4. Deutsche Auslandseinsätze sind ohne Änderung des Grundgesetzes möglich. (Scholz 1991)*

Nicht einmal Kanzler Helmut Kohl hielt dies für denkbar. Auslandseinsätze gebieten die Änderung des Grundgesetzes, das war Konsens – doch nicht bei den Generälen und die setzten sich durch. Mittels der vom Parlament geduldeten illegalen Uminterpretation des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht ist die weltweit intervenierende Bundeswehr möglich geworden. Illegal allein deshalb, weil das Grundgesetz nur mittels der Veränderung seines Wortlautes verändert werden darf, es wurde aber in den militärpolitischen Aussagen nicht verändert, sondern illegal uminterpretiert.

*5. Zu schaffen ist ein Sicherheitsrat für Europa anstelle des Weltsicherheitsrats. Keine politische Union ohne „europäische Sicherheitsunion“ (Scholz 1991).*

Derzeit übernimmt die Bundeswehr eine Führungsrolle in dem entstehenden neuen Militärpakt namens Europäische Union. Mit seiner letzten Sitzung hat der 14. Bundestag 1998 das Ende der Unterwerfung der Deutschen unter die UNO-Charta beschlossen – „Bruch der UNO-Charta“ wäre verharmlosend ausgedrückt.

*6. Neben die unmittelbare Verteidigung tritt die Aufgabe der internationalen Teilhabe der Deutschen mit gut*

*ausgerüsteten Eingreiftruppen. (BDA-Sprecher Hermann Linke 1991 in Fürstenfeldbruck)*

Gut ausgerüstete Eingreiftruppen der Bundeswehr sind in Gestalt der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte (KSK) geschaffen worden. Sie stellen das Hauptkontingent der Truppe dar.

*7. UNO, WEU oder NATO sollen Militäreinsätze auch gegen den Willen der Betroffenen, etwa gegen Jugoslawien, durchführen, um das Selbstbestimmungsrecht, wozu auch die Sezession gehört, mit Waffengewalt zu erzwingen. (So Scholz 1991). In diesem Zusammenhang hieß es in Fürstenfeldbruck weiter: Nach Überwindung der wichtigsten Folgen des zweiten Weltkrieges „sind wir heute damit befaßt, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen“. Scholz ging es um die Zerstörung Jugoslawiens. „Jugoslawien ist als Folge des ersten Weltkrieges eine sehr künstliche, mit dem Selbstbestimmungsgedanken nie vereinbar gewesene Konstruktion“, sagte er. Kroatien und Slowenien müßten anerkannt werden, „dann handelt es sich im Jugoslawienkonflikt nicht mehr um ein innenpolitisches Problem Jugoslawiens, in das international nicht interveniert werden dürfe.“*

Genau so ist es geschehen, genauso kam es zum Krieg auf dem Balkan und zur Neuordnung der Grenzen und Staaten dort. Doch auch anderswo soll der Zustand von vor 1914 wieder hergestellt werden, und da ist noch einiges zu tun, wenn man den Reden etwa von Landsmannschaftsvertretern glauben darf.

*8. Die Sicherheitspolitik hat sich einzustellen auf die Gefährdung der Werte der westlichen Gemeinschaft, die mögliche Verweigerung strategischer Rohstoffe, die Massenauswanderung nach dem Westen. (Brigadegeneral Peter Vogler, Luftwaffe, 1991 in Fürstenfeldbruck)*

Die Abwehr gegen Flüchtlingsströme bei gleichzeitigem Griff nach den Rohstoffen und Handelswegen in aller Welt (Verteidigungspolitische Richtlinien) ist zum Kern der deutschen Militärdoktrin geworden. Die „Werte“ der westlichen Gemeinschaft sind in den Mittelpunkt der Sicherheitspolitik gerückt.

*9. Umstrukturierung der Bundeswehr, die kleiner wird, was durch Kaderung, d.h. schnelle Einbeziehung der Reservisten, und durch Vergabe von Instandhaltungsaufgaben in den zivilen Sektor ausgeglichen wird. (General Vogler 1991)*

Die Schaffung einer neuen Strategie und Struktur der Bundeswehr entsprechend dieser Vorgabe ist weitgehend abgeschlossen. Die Beibehaltung der Wehrpflicht dient vor allem der Bereitstellung und Anwerbung von Längerdienenden sowie der Beibehaltung der jeweiligen Truppenstärke („stehendes Heer“, wie der Außenstaatsminister Ludger Volmer es richtig nannte), zu der stets noch mindestens 400.000 Reservisten hinzugezählt werden müssen.

*10. Man wolle keine Marktwirtschaft, sondern staatliche Planwirtschaft auf dem Rüstungssektor, d.h. Weiterentwicklung von Forschung und Technologie mit den Mitteln des Verteidigungshaushalts. (Ministerialdiregent Norbert Roy, Beschaffer im Bundesverteidigungsministerium 1991 auf dem Symposium in Fürstenfeldbruck)*

Das Beschaffungsprogramm wird auch von der neuen Regierung durchgesetzt. Nach dem Prinzip: Qualität vor Quantität wird umgerüstet. Der Rüstungsetat wächst. Die Bevölkerung wird erneut um die Friedensdividende betrogen.

*11. Akzeptanz von Rüstung und Einsatz der Truppe durch den Steuerzahler. Sicherung der „Waffenbereitschaft“ der Bürger. (Einleitung und Resümee der Tagung)*

Das Arbeitsplatz-Argument (Kampf um jeden Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie) und die Menschenrechtsdemagogie (Rettung der Menschen auf dem Balkan - nicht aber der Kurden oder der bedrohten Menschen in Afrika! - „Rettung“ der Menschen auf dem Balkan, indem sie als Flüchtlinge per Abschiebung an den Kriegsschauplatz deportiert wurden) sowie das Fernhalten des Krieges von den deutschen Grenzen „bis weit hinter die Türkei“ (frei nach Goethe) haben zur Akzeptanz von Rüstung und Kriegseinsätzen bei weiten Teilen der deutschen Bevölkerung geführt.

*12. Ein neues Geschichtsbild ohne die Betonung der Jahre 1933 bis 1945; „Auschwitz und Holocaust“ dürfen nicht länger gegen das Selbstbewußtsein der Deutschen „instrumentalisiert“ werden. (So mehrere Manager) Anstelle der Bedrohung aus dem Osten müssen „Nation und Vaterland“ und die deutsche „Souveränität“ als Begründung für die Bundeswehr treten. (Scholz auf dem Symposium)*

Die Betonung auf das „Normalwerden“ der Deutschen führte zur Ablenkung von der deutschen Vergangenheit. Deutschland wird so normal wie seine Nachbarn - und diese, so die deutschen Stammtische und immer mehr Medien, werden ja auch nicht ständig mit ihrer Vergangenheit konfrontiert. Während Strauß forderte, wir sollten aus dem Schatten von Auschwitz heraustreten, da wird heute die Forderung „Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz“ umgedreht in *Nie wieder Auschwitz und daher machen wir wieder Krieg*. In „Informationen für die Truppe“ werden Auschwitz und Krieg sogar in der Historie getrennt: Die Verbrechen des deutschen Faschismus hat es von 1933 bis 1941 eigentlich nicht gegeben, folgt man dieser Bildungszeitschrift für die Innere Führung. Die Wehrmachtssoldaten hätten sich gegen die Folgen von Versailles und gegen den bolschewistischen „Täter“ der bis dahin größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte gestellt. Denn „nicht Auschwitz, sondern vor allem diese Tatsachen waren 1939/1941 der Erfahrungshintergrund der Wehrmachtsgeneration.“ Der Überfall auf die Sowjetunion hat also zumindest zu Beginn seine Berechtigung gehabt, er war kein Teil des Holocaust, wenn es nach lfdT 9/10-99 geht.

*13. Einführung einer allgemeinen militärischen und sozialen Dienstpflicht für alle Frauen und Männer. (Resümee der Tagung)*

Dies ist der einzige Punkt aus dem Jahre 1991, der 2002 noch nicht auf dem Wege der Verwirklichung ist. Aber es wird daran gearbeitet. Wer die Wehrpflicht erhalten will, wie es sich die neue Bundesregierung vorgenommen hat, wird vor die Frage gestellt werden, wie das ohne Aufstockung der Truppenstärke und der Dienstzeit geschehen soll. Nachdem die Frauen zur Bundeswehr zugelassen wurden, wird auch wieder die

Frage nach ihrer Dienstverpflichtung gestellt werden. Schon bald nach der Regierungsbildung von 1998 kam aus dem SPD-geführten Entwicklungshilfeministerium der Vorschlag zur Schaffung eines Entwicklungshilfedienstes. Die Dienstverpflichtung könnte somit zur Lösung werden - allein schon aus Gründen der „Wehr-gerechtigkeit“.

General Klaus Naumann verriet einmal dem „Spiegel“ (in Nr. 3/93): „Es gibt zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen.“ Dementsprechend fühlt sich die deutsche Führung dazu herausgefordert, weltweit militärisch zu handeln, denn es geht, wie Kanzler Schröder vor Wirtschaftsführer am 9. 11. 01 (lt. WDR) in Düsseldorf sagte, „um unsere Art zu leben und zu wirtschaften.“

Schon früh zeigte General Naumann auch, wie es weitergehen soll 5): „Wir wollen bei solchen Einsätzen - in der Regel Einsätze außerhalb Deutschlands und aus einer Gesellschaft heraus, die weiter im Frieden lebt - die Mehrheit unserer Mitbürger hinter uns wissen.“ Damit die Mehrheit des Volkes hinter der Truppe steht, verspricht Naumann dem Volk ein Minimum an Opfern: „Nicht mehr das Höchstmaß an Effizienz der Vernichtung bestimmt die Dosierung militärischer Macht, sondern die Absicht, so wenig Menschenleben wie möglich zu verlieren.“ Die Zielsetzung „Töten und Zerstörung“ müsse durch „Lähmung und Ausschaltung“ ersetzt werden. Allerdings gehe es nie ohne Tote und Zerstörung ab. Weiter Naumann: „Nationales Interesse ist grundsätzlich weiter gefaßt als Schutz der eigenen Bevölkerung oder des eigenen Staatsgebietes.“ Dafür brauche man den Soldaten, „der auch fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter im Frieden lebt. Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945“ erlebten.“ Was hier an den Kampf um Kolonien in China und Afrika vom Beginn des vorigen Jahrhunderts erinnert, wiederholt sich heute in Afghanistan, Somalia, Kuwait, Dschibuti, auf dem Balkan und auf vielen Meeren und Territorien.

Die Militärstrategie der deutschen Militärs entfernt sich derzeit immer weiter vom Auftrag, den das Grundgesetz nach wie vor dem Militär zuweist. Wo bisher bereits „notfalls“ und weltweit militärisch eingegriffen wird, da gilt es künftig, 6)

- „den Stabilitätsraum abzusichern“; soll wohl heißen, die Beute abzusichern,

- „Krisen auf Distanz zu halten“; - damit die eigene Bevölkerung nicht beeinträchtigt wird, aber dafür Steuerlasten und andere Opfer unterhalb auf sich nimmt,.

- Künftige Eroberungen werden mit „diesen Stabilitätsraum erweitern“ angekündigt.

- Und dieser Dauerkrieg wird dann genannt: „die Zukunft gestalten“.

„Verursacher von Instabilität“, - so nennt Vizeadmiral a.D. Hans Frank in der offiziellen Bundeswehrzeitschrift „Information für die Truppe“ alle, die nicht nach der Pfeife des Westens tanzen, - hätten mit dem „konsequenten Widerstand der Staatengemeinschaft zu rechnen“. „Militärische Mittel“ seien „zur Unterstützung der politischen Maßnahmen einzusetzen“. Zustimmend

wird unter der Überschrift „Vier Forderungen – Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen“ der Bundeskanzler Gerhard Schröder zitiert:

„Die politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische und auch militärische Dimension müssen zusammengedacht, aber auch zusammenbracht werden.“ Der Kanzler hat die Lektion der Generäle gelernt. Und die fordern immer wieder – und da gibt es keinen Anklang mehr an Defensives und Menschenrechtliches – vor allem das eine: „Besinnung auf eigene Interessen“ – und militärische Durchsetzung dieser Interessen.

#### Anmerkungen

1) Information für die Truppe 6/92 und 11/91)

2) Daß Kriege dem Staat „erlaubt“ sind, ist das militärpolitische Grundprinzip der rechtsaußen angesiedelten Clausewitz-Gesellschaft, aber auch einigendes Prinzip aller deutschen Nazis und Neonazis ungeachtet der Bewertung einzelner Kriege (z.B. auf dem Balkan). Der Neonazi-Ideologe Jürgen Rieger, zitiert in Ulrich Sander: „Szenen einer Nähe – nach dem großen RechtsUm bei der Bundeswehr“ (Bonn 1998), Seite 48., hat dazu argumentiert. Über die Haltung der Rechten aller Strömungen zu Krieg und Militär, auch zum Krieg gegen Jugoslawien (den sie mehrheitlich, weil US-gesteuert, ablehnten) informiert ausgezeichnet die kürzlich erschienene Schrift „Der deutsche Militarismus ist nicht tot ...“, Analysen zur Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, herausgegeben von der Kommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen und vom Hartmut Meyer Archiv, Gathe 55, 42107 Wuppertal. (78 Seiten, DM 8,-)

3) siehe Tobias Pflüger in „Generalstab in Aktion“ in der Jungen Welt vom 12. 1. 02) und in Veröffentlichungen der IMI Tübingen.

4) bbw-Dokumentationsreihe Nr. 20 des Bildungswerkes der Bayerischen Wirtschaft e.V.

5) Am 24. Oktober 1995 bei der „Welt am Sonntag“ in Berlin.

6) Dieses und die folgenden Zitate aus „Information für die Truppe“, 4. Quartal 2001, Aufsatz von Vizeadmiral a. D. Hans Frank, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Bonn.